



Europäische Akademie Berlin

Europa im Wandel.

Das Referendum in Großbritannien und seine Konsequenzen für Europa

Unterrichtseinheit

für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II

mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amts

Autoren:

Europäische Akademie Berlin

Sina Lebert, M.A.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

www.eab-berlin.eu

<http://www.eab-berlin.eu/ueber-uns/downloads/europa-in-der-schule/>

Berlin, Juni 2016



Europa im Wandel.

Großbritannien und die Europäische Union

Das Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union

Die Debatte über den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU prägt seit Monaten die europäische Agenda, die Töne, die Befürworter und Gegner des sogenannten „Brexits“ anschlagen, wurden zuletzt immer schriller. Auch nach dem Referendum in Großbritannien, ungeachtet seines Ausgangs, wird die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Umso wichtiger ist es, sich diesem hochaktuellen Thema auch im Schulunterricht zu widmen, und die Argumentationslinien der Debatte genauer unter die Lupe zu nehmen.

Das vorliegende Unterrichtsmodul schließt an den Themenkomplex „Großbritannien und die Europäische Union“ an. Es wurde mit Blick auf die aktuellen Kernlehrpläne der Fächer Politik, Geschichte, Erdkunde und Englisch entwickelt und so konzipiert, dass es fach-, jahrgangs- und schulformübergreifend einsetzbar ist. Materialien, die in diesem Modul eingesetzt werden können, sind in den Sprachen Deutsch und Englisch verfügbar und eignen sich so auch hervorragend für die Verwendung im bilingualen Sachfachunterricht.

Die Schülerinnen und Schüler bereiten im Fachunterricht eine Debatte vor, die die wichtigsten Positionen in der Debatte um den Brexit widerspiegelt. Das geeignetste Debattenformat ist die sogenannte Fishbowl-Diskussion. Dabei bilden vier Stühle (zwei Stühle stehen jeweils einander gegenüber) einen inneren Kreis, ein darum angeordneter Stuhlkreis den äußeren Kreis. Die Diskussion folgt dem Prinzip, dass nur die Schülerinnen und Schüler, die sich im inneren Kreis befinden, Äußerungen tätigen dürfen. Will sich ein Schüler aus dem äußeren Kreis in die Diskussion einbringen, so stellt er sich hinter den Stuhl eines Diskutanten. Dieser darf seinen Gedanken noch zu Ende formulieren, muss dann seinen Platz aber freigeben. Schülerinnen und Schüler aus dem Innenkreis können die Debatte jederzeit verlassen und sich in den Außenkreis begeben. Jeder Teilnehmer darf beliebig häufig zwischen Innen- und Außenkreis wechseln.

Diese Methode birgt mehrere Vorteile. Grundsätzlich kommt eine Fishbowl-Diskussion ohne Moderation aus, alle Schülerinnen und Schüler nehmen also eine gleichberechtigte Position ein. Sie können, wie oben erläutert, die Dominanz Einzelner in der Debatte selbst regulieren, so dass jeder zu Wort kommen kann. Die Debatte erlaubt es zudem, kontroverse Standpunkte zu vertreten und zu diskutieren. Die im Außenkreis sitzenden Schülerinnen und Schüler können zudem mit der Beobachtung und Analyse des Diskussionsverlaufs beauftragt werden.



Es bietet sich hier an, die Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen aufzuteilen (bzw. sie dazu aufzufordern, sich selbst in Kleingruppen zusammenzufinden), die unterschiedliche Aspekte der Diskussion vorbereiten. Es ist dabei möglich, Pro- und Contra-Zuordnungen vorzunehmen, genauso können die einzelnen Gruppen aber auch unterschiedliche Schwerpunktthemen (Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Außenpolitik etc.) genauer untersuchen und dabei unterschiedliche Positionen identifizieren und innerhalb ihrer Gruppe abbilden.

Je nach Vorwissen und Alter der Schülerinnen und Schüler sowie in Abhängigkeit vom zur Verfügung stehenden Zeitbudget kann die Lehrkraft entsprechend unterstützend einwirken. Sie kann Leitfragen zur Diskussion an die Hand geben, relevante Themenkomplexe vorschlagen, bei der Formulierung von Argumenten Hilfestellung leisten, Materialien und/oder Quellen an die Hand geben.

Grundsätzlich gilt nach wie vor: Die Konsequenzen, die ein EU-Austritt sowohl für Großbritannien wie auch für die Europäische Union haben wird, können nicht klar definiert werden. Vieles wird von den Verhandlungen abhängen, die in den für diesen Fall vorgesehenen zwei Jahren durchgeführt werden. Die Aufgabe der Schülerinnen und Schüler besteht daher nicht in der Entwicklung eines Zukunftsszenarios. Vielmehr sollen sie die Argumentationslinien der Befürworter und Gegner eines „Brexit“ nachvollziehen und ihre Stichhaltigkeit überprüfen.

Alternativ bietet es sich an, im Unterricht anstelle einer Debatte beispielhaft einzelne Themenkomplexe (Wirtschaft, Zuwanderung) anhand der eingeführten Positionen von Brexit-Gegnern oder -Befürwortern vertieft zu untersuchen und zu hinterfragen.



Die Positionen

„Die Wirtschaft Großbritanniens würde von einem Austritt aus der Europäischen Union profitieren.“

„Großbritannien würde durch einen Austritt wirtschaftlich Schaden nehmen.“

„Großbritannien wird von Brüssel fremdbestimmt.“

„Großbritannien kann seine Interessen als EU-Mitglied besser vertreten.“

„Großbritannien könnte als unabhängiger Staat mit bedeutenden Wirtschaftsmächten wie Russland oder China vorteilhaftere Abkommen schließen.“

„Großbritannien profitiert von den Standards, die die EU im Handel und auf dem Arbeitsmarkt setzt.“

„Als unabhängiger Staat kann Großbritannien die Zuwanderung besser regulieren.“

„Der Brexit führt zu einem Fachkräftemangel in Großbritannien.“

Großbritannien gehört innerhalb der EU zu den Nettozahlern, das heißt, das Land zahlt mehr ein, als es erhält. Dies ist eines der wichtigsten Argumente der Brexit-Befürworter. Sie behaupten, dass Großbritannien durch den Austritt viel Geld sparen könne, das es in nationale Vorhaben investieren könne, um wirtschaftlich insgesamt besser dazustehen. Demgegenüber argumentieren die Gegner des Brexit, dass Großbritanniens Wirtschaft, Unternehmen und Verbraucher durch die Mitgliedschaft des Landes in Europäischen Union, insbesondere über den Binnenmarkt, wirtschaftlich stark profitiere – und zwar durch erhöhte Investitionen und dadurch mehr Arbeitsplätze sowie vereinfachte Handelsbedingungen (offene Grenzen, fehlende Zölle für Exporte und gemeinsame Standards). Die Exporte aus dem Vereinigten Königreich in die Europäische Union machen beinahe 50% der Gesamtexporte sowie 10% des gesamten britischen Bruttoinlandsproduktes aus und sind verantwortlich für 2,3 Millionen Arbeitsplätze. Zusätzlich schützten EU-Standards Arbeitnehmerrechte (u.a. bezahlten Mutterschaftsurlaub).

London stellt innerhalb Europas das wichtigste Finanzzentrum dar, über das große Teile der finanziellen Transaktionen für die gesamte EU geregelt werden. Der Finanzsektor stellt 8% des Bruttoinlandsproduktes in Großbritannien dar und erwirtschaftet einen überproportional hohen Anteil am Steueraufkommen. Mit dem EU-Austritt würden viele



Banken ihr Geschäft für Europa voraussichtlich nach Frankfurt, Paris oder Dublin verlegen.

Auch für viele Firmen aus Asien und den USA stellt Großbritannien ein beliebtes Sprungbrett auf den Kontinent dar. Aufgrund der oft sehr unternehmerfreundlichen Gesetzgebung siedeln sie dort ihre Firmenzentralen für das Geschäft innerhalb EU an, da sie dank des gemeinsamen Binnenmarktes von dort aus überall in der EU agieren können, obwohl Großbritannien nicht den Euro angenommen hat.

Die innerhalb des Binnenmarktes geltende Freizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ist ebenfalls ein nicht unbedeutender Aspekt in der Debatte um den Brexit. Offiziellen Angaben zufolge lebten und arbeiteten im vergangenen Jahr rund drei Millionen EU-Ausländer in Großbritannien, die auch Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können. Allerdings verzeichnen auch Norwegen und die Schweiz, die beide kein Mitglied der Europäischen Union sind, eine nicht unerhebliche Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten.

Brexit-Befürworter schreiben der Europäischen Union ein Demokratiedefizit zu. Viele Politiker seien nicht direkt vom britischen Volk gewählt. Sie kritisieren außerdem, dass zu viele Politikbereiche nicht von Nationalstaaten bestimmt würden, sondern von der EU. In diesem Sinne ist auch ihr Argument zu verstehen, dass die EU inzwischen oftmals die Mitgliedstaaten vertritt – und dass dies den nationalen Interessen Großbritanniens schade. Sie behaupten, dass Großbritannien als unabhängiger Staat auf internationaler Bühne stärker nationale Interessen geltend machen könne.

Quellen zur weiteren Recherche

- European Council on Foreign Relations
http://www.ecfr.eu/publications/summary/the_british_problem_and_what_it_means_for_europe311252
- Observatory of Economic complexity
<http://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/gbr/>
- Reality Check, BBC News
<http://www.bbc.com/news/live/uk-politics-eu-referendum-35603388>